

Personen Unklarheiten gegen Unabhängige

nicht Kinetgetragene werden soll — verhojen werden wird, daß solche Verhöje vorkommen und daß sie auch in größerer Zahl vorkommen. Aber der Kriegsminister hat ausdrücklich erklärt, daß da, wo in unzulässiger Weise Politik hineingetragen wird, Remedur geschaffen wird. Es wird darüber gewacht werden, daß der vaterländische Unterricht nicht zu Mitteln politischer Beeinflussung benutzt wird. Uebergriffe werden geprüft werden und insbesondere das auch nicht gebuldet werden, daß Abgeordnete wegen ihrer Stellungnahme zu den Kriegszielen herabgesetzt oder beleidigt werden.

Was die Beamten betrifft, über die auch die Klage geführt wurde, daß sie in unzulässiger Weise zugunsten der Vaterlandspartei Propaganda getrieben hätten, so habe ich die allgemeinen Grundsätze, die nach dieser Richtung hin von mir innegehalten werden, auseinandergesetzt. Beamte haben das Recht politischer Gesinnungsfreiheit, sie können jeder Partei beitragen unter der Voraussetzung, die ich vorhin unterstrich: daß sie keine Bestrebungen verfolgen, die den Bestand des Deutschen Reiches und Preußens gefährden. Eine Beeinflussung nach der Richtung hin, daß ein Vorgesetzter nachgeordnete Beamte veranlaßt, Anschluß an eine bestimmte Partei zu suchen, ist unbedingt unzulässig, und ich wünsche nach keiner Richtung hin einen Bruch gegen Beamte seitens ihrer Vorgesetzten nach irgendeiner politischen Seite. Diese Bestimmungen gelten für alle Parteien.

Meine Herren, wenn wir diese Ziele innehalten, dann würden wir selbstverständlich auf einen gangbaren Weg des beiderseitigen Wirkens kommen. Wir würden sehr viel weiter kommen, wenn nun auch diejenigen, welche die Friedensbedingungen des 10. Juli bekämpfen und welche von ihr behaupten, daß diejenigen, welche einen Frieden nach ihr erstreben, einen Hungerfrieden erreichen wollen, dieser Resolution gerechter wären. (Zustimmung.) Wir müssen die Ziele in der Kundgebung in ihrem positiven Sinn verstehen, in ihrer kraftvollen Seite, das müssen wir herausarbeiten, wir müssen uns klar machen, was darin enthalten ist, wir müssen unterstreichen, was dort gesagt ist. Das deutsche Volk wird wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das Deutsche Reich unüberwindlich.

Ich habe mit Zustimmung des Reichstags an demselben Tage die Ziele nach der Richtung hin umschrieben, daß ich sagte: Wir müssen die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren, wir müssen es davor sichern, daß sich der Bund unserer Gegner nicht zu einem wirtschaftlichen Zerbröckeln auswächst. Meine Herren, wir können in diesem Rahmen einen Frieden durchsetzen, der den Bauern den Lohn ihrer Scholle gewährleistet, der dem Arbeiter Lohn und Verdienst und die Grundlagen sozialen Aufschwungs gibt, der der Industrie Arbeit verschafft, der unsere stolzen Schiffe aus Bremen und Hamburg wieder frei ausfahren, anlegen und Kohlen in aller Welt annehmen läßt, einen Frieden breiterer wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung, einen wirklichen Frieden des Kraft, den können wir in diesem Rahmen erreichen! (Beifall.) Solange unsere Gegner uns mit Forderungen gegenüberstellen, die jedem Einzelnen Deutschen als unannehmbar erscheinen, solange unsere Gegner an den schwarz-weiß-roten Pfählen rütteln wollen, solange sie mit der Forderung an uns herantreten, daß wir von deutschem Lande etwas geben sollen, solange die Gegner den Gedanken verfolgen, zwischen das deutsche Volk und seinen Kaiser einen Keil zu treiben: so lange bergen wir unsere Friedenshand in den verschränkten Armen. (Beifall.) Wir warten ab, wir können warten, die Zeit läuft für uns. Bis das geschieht, bis die Feste einsehen, daß sie diese Forderungen zurückstellen müssen, so lange müssen die Kanonen und die U-Boote ihre Arbeit tun. (Beifall.) Und unser Friede wird doch kommen! (Stürmischer Beifall.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Capelle:

Die russische Revolution hatte einigen wenigen Leuten an Bord unserer Flotte die Köpfe verdreht und revolutionäre Gedanken in ihnen großgezogen. (Hört, hört!) Der wahrwürdige Plan dieser wenigen Leute ging dahin, auf allen Schiffen Vertrauensmänner zu wählen und die gesamte Mannschaft der Flotte zur G'horjamsaerweigerung zu erziehen. (Stürm. Hört, hört!) Auf diese Weise sollte, gegebenenfalls durch Anwendung von Gewalt, die Flotte lahmgelegt und der Frieden erzwungen werden. (Hört, hört! — Widerspruch d. d. Soz.) Tatsache ist, daß diese Leute mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Beziehungen stehen. (Hört, hört! — Zurufe d. d. U. Soz.: Beweis!) Allenmäßig steht fest, daß der Hauptagitator hier im Reichstag im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Wegmann, Sease und Bogtzer seinen Plan vorgetragen hat. (Stürm. Hört, hört! — Widerspruch d. d. U. Soz.) Dieser Tage gegenüber war es meine erste Pflicht, das Eindringen des sogenannten Materials in die Flotte unmöglich zu machen. (Bravo!) Ich habe daher die zuständigen Kommandobehörden ersucht, die Verbreitung dieses Materials in der Flotte mit allen Mitteln zu verhindern. (Beifall.) Ueber die weiteren Vorgänge innerhalb der Flotte kann ich mich hier nicht äußern. Einige wenige ehr- und pflichtbewusste Leute haben sich schwer vergangen und sind der verdienten Strafe zugeführt worden. (Bravo!) Trotzdem will ich hier vor aller Öffentlichkeit sagen, daß die unläutenden Gerüchte, die auch mir zugegangen sind, maßlos übertrieben sind. Die Schlagfertigkeit der Flotte war nicht einen Augenblick in Frage gestellt und so soll es bleiben. (Stürm. Bravo!)

Hg. Dr. David (Soz.): Der Staatssekretär v. Capelle hat soeben eine außerordentlich schwere Anklage gegen Mitglieder des Reichstags erhoben. Es fällt mir schwer zu glauben, daß diese Anklage in der vorgetragenen Form begründet ist. Mindestens müssen wir die Angeklagten hören. (Sehr richtig!) Es muß in dieser ungewissen Sache die Zurückhaltung gelöst werden, die in einer so schweren Anklage notwendig ist. Der Reichskanzler hat erklärt, er betrachte die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie als eine Partei, die jenseits der Grenze der Gleichberechtigung stehe. Ich nehme an, daß er diese Erklärung abgegeben hat, beeinflusst durch das, was von dem Staatssekretär des Reichsmarineamts uns mitgeteilt hat. Wir erklären dazu: wir müssen für jede Partei volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in der Behandlung durch die Behörden verlangen. Sind Forderungen nachweisbar, die gegen die Gesetze des Staates verstoßen, so sollen die, die sie begehen haben, selbstverständlich unter diese Gesetze. (Allseitige Zustimmung.) Davon ist keine Partei ausgenommen und auch die Unabhängigen Sozialdemokratische Partei kann und wird für ihre Mitglieder keine Straffreiheit verlangen. Aber im Rahmen der Gesetze haben die Angehörigen aller Parteien das Recht auf gleiche Behandlung und gleiche Bewegungsfreiheit. Davon können wir nicht abgehen. (Sehr richtig! d. d. Soz.)

Die Ausnahmebehandlung einer Partei war niemals eine gute und kluge Politik, und Fürst Bismarck, der Größte unter den Amtsvorgängern des Reichskanzlers, hat kluglich Schiffbruch gelitten mit seiner Ausnahmepolitik gegen Sozialdemokratie und Zentrum. (Sehr richtig! links u. i. d. Mitte.) Wie die Alldeutschen arbeiten, das geht aus der Art und Weise hervor, wie die Deutsche Tageszeitung über die Sonnabend-Sitzung berichtet. Diese Methode beleuchtet grell den ungläublichen Tiefstand, mit dem dort gearbeitet wird. Graf Reventlow spricht von der Interpellation als von einer Demonstration gegen die Wahrheit. In seinem Artikel gebraucht er siebzehnmals das Wort „Hungerfriedensmehrheit“. Die „Deutsche Tageszeitung“ unterschlägt weiter vollkommen die Rede des Dr. Haas und das Beweismaterial des Hg. Landesberg. Das ist ein Mangel an Wahrheit, der in die Grenzen des Pathologischen weit hinüberreicht. (Sehr richtig! links.) Die Vaterlandspartei will die Einheit des deutschen Volkes innerlich auflösen und zertrümmern. Das heißt mit dem Bürgerfrieden Schindluder treiben. Ihr gehören alle an, die keinen Frieden und keine Neuorientierung wollen. Herr v. Graefe behauptete, die Vaterlandspartei komme aus der Tiefe des Volkes. Ja, ganz unten, da ist der Herzog von Mecklenburg, etwas höher kommt Herr v. Tirpitz, noch etwas höher Herr Kapp, dann die vielen Prinzen und Grafen, die Magnaten und Rittergutsbesitzer, die Kommerzienräte und Regierungsräte, alles ausgesprochenes Proletariat. (Große Heiterkeit.) Nein, die Vaterlandspartei ist eine Partei der oberen Behntausend, ausgerüstet mit ihren Millionen und ihrem großen Einfluß auf amtliche Kreise.

Hg. David wendet sich in seiner Rede weiter gegen die von alldeutscher Seite betriebene Agitation mit Illusionen. Er zeigt an Beispielen, daß von alldeutscher Seite, insbesondere auch in der bekannten Lehmannschen Broschüre, ein baldiger durchgreifender Erfolg des U-Boot-Krieges vorausgesagt worden sei. Alle die Prophezeiungen, die an einem bestimmten Zeitpunkt geknüpft wurden, hätten sich nicht erfüllt. Angesichts der alldeutschen Agitation, sagt Hg. David weiter, erhebt sich die große Frage, aller Fragen: Wenn wir den vierten Kriegswinter und das vierte Kriegsjahr durchhalten müssen, was können wir dann tun? Wie müssen wir dann unsere Politik einstellen, damit unser Volk die physische und moralische Kraft behalte, auch das noch zu leisten?

Es muß die feste Ueberzeugung haben, daß der Feind, der uns ans Leben will, uns zur Verteidigung unseres Landes, seiner Unerkennbarkeit und seiner Entwicklungsfreiheit entschlossen findet, daß es nicht in unserem Belieben steht, Schluß zu machen. Es ist die einzige Garantie dafür, daß unser Volk zusammenbleibt, daß das ganze Gewicht der moralischen Verantwortung für die Weiterführung des Krieges auf die Staatsmänner der Entente fällt. Nur wenn unser Volk die Ueberzeugung hat, um diese Ueberzeugung in ihm festzulegen und nicht untergraben wird, dann können wir das schwere Jahr, das uns bevorsteht, durchhalten. Hg. David weist ferner darauf hin, daß die alldeutsche Agitation auch die Einheit Deutschlands mit seinen Verbündeten gefährde und endlich daß sie alle Bestrebungen, unser Volk seelisch emporenzureißen und mit Begeisterung für die Ziele, die einmal in neuem Deutschland erreicht werden sollen, zu erfüllen, einfach zu nichte mache.

Was hat denn die politische Aufklärungsarbeit überhaupt in der Heimat zu tun? Für diese Arbeit sind doch die politischen Parteien, der Reichstag und die Landtage da. Hier im Hinterland hat diese aus öffentlichen Mitteln fließende Agitation gar nichts zu suchen. Wir müssen vor allem fordern, daß uns endlich einmal das ganze Material über diese Arbeit vorgelegt wird, denn es wird ja überall, in Schulen und Kinos usw., gearbeitet, und es muß schon heute sagen, daß diese sogenannte Aufklärungsarbeit unbedingt aufhören muß. (Beif. Sehr richtig! links.) Jeder, der

von dieser Aufklärungsarbeit betroffen wird, soll sein politisches Recht schützen, wenn es nottut, unter Berufung auf die Erklärung des Reichskanzlers, daß kein Beamter das Recht hat, einen Untergebenen zur Betätigung einer bestimmten Anschauung zu zwingen. Jeder soll seine politische Ehre wahren, und er kann sich ja auch darauf berufen, daß es der ausgesprochene Wille des Kriegsministers und der obersten Seeresleitung ist, daß keiner in seinen politischen Anschauungen vergewaltigt werden darf. Wir wollen ein freies Deutschland, frei nach außen, aber auch frei von innerem Zwange.

Erklärungen der Unabhängigen.

Nach dem Hg. Dr. David erhält das Wort der Hg. Casse. Er führt aus: Ueber unsere politische Tätigkeit, von der der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts gesprochen hat, irgendwie ein Dunkel zu lassen, habe ich keine Veranlassung. Alles, was vorgekommen ist, will ich offen darlegen. Ich stelle gegenüber der Behauptung des Staatssekretärs folgendes fest: Der Matrose, von dem er gesprochen hat, hat zwar mit mir im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion eine Unterredung gehabt. Es ist aber unrichtig, daß er mir einen Plan, wie ihn der Herr Staatssekretär hier vorgetragen hat, entwickelt hat. Ich ersuche den Staatssekretär, mir für seine entgegengelegte Behauptung das Beweismaterial vorzulegen, und ich erkläre schon jetzt: Er hat kein solches Material, es gibt kein Beweismaterial. Zu dieser Erklärung habe ich noch folgendes zu sagen: Dessen haben mich Matrosen und Angehörige des Landheeres im Reichstag besucht und mir Beschwerden über Mißstände in Heer und Marine und persönlich erlittene unbillige und schlechte Behandlung vorgelesen und mir ein Bild der Stimmung in Heer und Marine entworfen. Wie alle übrigen Mitglieder dieses Hauses, habe auch ich die Beschwerden entgegen entgegnet in der Wandelhalle oder in einem der Zimmer dieses Hauses, das für Besuche zur Verfügung steht, aber im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion empfangen. Welche Bedeutung der Bemerkung des Herrn Staatssekretärs, daß ich dem Matrosen im Fraktionszimmer empfangen habe, zukommen soll, weiß ich nicht.

Im Sommer dieses Jahres hat nun auch der erwähnte Matrose mit mir gesprochen und hat mir über die Zustände, unter denen er und seine Kollegen litten, bittere Klage geführt und mir von der starken Unzufriedenheit erzählt und von der großen Erbitterung, die in der Marine herrsche. Dabei hat er noch folgendes gesagt: Wir Matrosen empfinden die lange Dienstzeit, den Mangel an geistiger Anregung sehr tief, jetzt aber haben wir in sehr großer Anzahl auf die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei abonniert, und wir lesen diese Zeitungen. Er und seine Kollegen hätten den Plan, sich weiter fortzubilden und in Zusammenkünften am Abend politische Unterhaltungen zu pflegen. Zu diesem Zwecke sei es ihnen erwünscht, Literatur zu haben.

Ja, meine Herren, sagt Hg. Casse weiter, politische Unterhaltungen am Lande, die an sich erlaubt sind. Wie doch sogar, wie hier jetzt festgestellt worden ist, solche politische Aufklärung amlich mit Hochdruck betrieben. Ich habe den Matrosen darauf aufmerksam gemacht, daß die Unterhaltungen zwar an sich erlaubt, aber unter den bestehenden Bedingungen für ihn gefährlich sein könnten und habe ihn gewarnt. Danach, meine Herren, ist die Behauptung des Staatssekretärs auf ihre Tragweite zurückgeführt. Ich bin es dem Andenken dieses Matrosen schuldig noch hier zu erklären, daß er auf mich den Eindruck eines frischen jungen Mannes von hohen Gedanken machte und daß ich auf das Tiefste erschüttert war, obwohl ich keine näheren Beziehungen zu ihm hatte, als ich hörte, daß er wegen Verfolgung seiner Ideen den Tod habe erleiden müssen.

Ich weise darauf hin, daß nicht nur die Anhänger meiner Partei, sondern die Sozialdemokraten aller Richtungen öffentlich im Reichstage und in der Presse den russischen Revolutionären ihre Sympathie und ihre Begeisterung entgegengebracht haben. Es ist begreiflich, daß diese Revolution das größte Ereignis des Jahrhunderts als alle freigeitlich Gesinnten den tiefsten Eindruck machen mußte. Der Zweck der Ausführungen des Herrn Staatssekretärs ist ja ganz klar. Ich habe gar nichts anderes erwartet. Es kommt den Herren von der Regierung jetzt darauf an, das rote Tuch zu schwenken und die anderen Parteien zu einem festen Block zur Unterstüttung dieser unglückseligen Regierungspolitik zusammenzuschließen. (Stürmisches Sehr richtig! links.) Vom ersten Kriegstage an habe ich das erwartet, und ich habe unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung des 4. August darauf hingewiesen (schärfste Rufe bei den Unabh. Soz.: Sehr richtig!), daß dieser Zeitpunkt einmal kommen wird. (Sehr wahr! links.) Jetzt, wo die Regierung nichts gegen das Unheil tun kann, da schlägt sie also los gegen diejenigen, die das Unheil vorausgesehen haben. (Stürmische Rufe links: Sehr wahr, sehr gut!) Was der Herr Reichskanzler gesagt hat, das war Geist vom Geiste Puttkammer, aber wie mit dieser Politik nicht nur Puttkammer, sondern sogar ein Ordreher, Herr v. Bismarck, Schiffbruch erlitten habe, so werden auch Sie, Herr Reichskanzler Dr. Michaelis, mit dieser Politik Schiffbruch erleiden. (Stürmisches Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.)

Hg. Voigtbein (U. Soz.): Ich erkläre, wie mein Freund Casse, daß ich auch mit dem betreffenden Soldaten, der hier bereits ehrend erwähnt wurde, wiederholt gesprochen und die Verhältnisse seines Schiffes und der Marine im allgemeinen erörtert habe. Das ist das Recht der betreffenden Soldaten (Sehr richtig! links), und es ist auch das Recht und die Pflicht der Abgeordneten, derartige Stimmen anzuhören und den Klagen abzuhelfen, soweit sie es vermögen, denn das müßen sich die Herren gesagt lassen, wenn die Soldaten Vertrauen hätten zu ihnen, dann wären sie nicht zu uns gekommen. (Beif. Sehr richtig! bei den Unabh.) So wie Sie, Herr Staatssekretär, die Sache dargestellt haben, mußte ein oberflächlicher Hörer den Eindruck gewinnen, daß wir mit den Soldaten die Hände gemacht haben zur Lahmlegung der Flotte und zur Erzwingung des Friedens. Ich behaupte dagegen, daß kein Wort in diesem Material den Beweis dafür zu erbringen imstande ist. Auch die Macher des Sozialistengesetzes haben ja jederzeit mit solchem Material gearbeitet, aber sie haben es doch etwas besser verstanden, ihre Anklagen zu begründen.